



Trump-Trade: Kommt die Globalisierungskritik nun von rechts?

© Carlos Barria/Reuters

Globalisierungskritik war lange Zeit die Domäne der linken Zivilgesellschaft. Spätestens seit dem Wahlsieg von Donald Trump kommt Kritik am Freihandel auch aus der politisch gegenüberliegenden Ecke – nicht nur in den USA. Die grosse Mehrheit der AfD-, Front National- oder FPÖ-Wählenden sieht in der Globalisierung eine akute Bedrohung. Bildet sich hier eine unheilige Allianz oder gilt gar: «les extrêmes se touchent»?

Als im Dezember 1999 das Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle begleitet von Massenprotesten scheiterte, entdeckten die Weltmedien auf einen Schlag die globalisierungskritische Bewegung. Entstanden war diese allerdings schon viel früher. Bereits Anfang der Achtziger Jahre hatte sich ein weltumspannender Widerstand gegen die Austeritätspolitik gebildet, mit welcher der Internationale Währungsfonds (IWF) versuchte, die lateinamerikanische Schuldenkrise auf dem Buckel der Ärmsten zu lösen. 1997 führten Geheimverhandlungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über ein extrem investorenfreundliches Abkommen in vielen Ländern zu Widerstand. Im selben Jahr erzwangen Investmentbanken und aggressive Hedgefonds eine massive Abwertung des thailändischen Bath, was andere asiatische Staaten «ansteckte». Indonesien und Südkorea erlitten wie Thailand die schwerste Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Die

globalisierungskritische Bewegung reagierte darauf mit der Forderung: «Kapital braucht Kontrolle.»

Gegen die Arroganz der Konzerne

Im Kern war diese Bewegung eine Reaktion auf das Globalisierungsprogramm, das dann in den Neunzigerjahren als der «Konsens von Washington» bekannt wurde. Damit ist die übereinstimmende Rezeptur der in der US-Hauptstadt beheimateten Institutionen Weltbank, IWF und US-Finanzministerium sowie der in Genf ansässigen WTO gemeint. Deren zentrale Dogmen: uneingeschränkter Freihandel, Liberalisierung der Finanzmärkte und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Profiteure und treibende Kraft dieser Agenda waren die multinationalen Konzerne. Deshalb richtete sich die Globalisierungskritik auch gegen deren wachsende wirtschaftliche Macht, politische Einflussnahme und Selbstherrlichkeit, wie sie in der Aussage des CEO von

ABB im Jahr 2000 beispielhaft zum Ausdruck kam: «Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmen-Gruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.»

Abschottung? Nein Danke

Die zivilgesellschaftliche Kritik an der Globalisierung geht weit über die Freihandelsthematik hinaus. Und auch dort unterscheidet sie sich fundamental von den Agenden von Trump & Co. Es geht nicht um die Abschottung der Märkte der reichen Länder oder um Protektionismus zwecks Sicherung von Industriearbeitsplätzen, sondern darum, dass unter rigiden Freihandelsbedingungen arme Länder keine Chance haben, ihre Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt eindeutig: Kein einziges bevölkerungsreiches Land hat sich unter absoluten Freihandelsbedingungen, also ohne jegliche Schutzzölle und andere staatliche Unterstützungsmassnahmen, entwickelt.

Als wichtiger Grund für die Wahl Trumps gilt der Wohlstandsverlust der weissen Industriearbeiter. Auch die Zivilgesellschaft hat schon immer betont, dass es auch bei uns Globalisierungsverlierer gibt. Doch während die rechten Globalisierungsgegner auf Abschottung – vor Ausländerinnen, Flüchtlingen und Migranten – setzen, sind für die globalisierungskritische Bewegung die wachsende Ungleichheit und die Konzentration der Einkommen und Vermögen an der Spitze das Hauptproblem – und die Entfesselung des Finanzsektors eine der zentralen Ursachen dafür. Sie hat sich auch schon früh mit wirklichen Lösungen beschäftigt. Public Eye etwa hat gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen schon 2002 das internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit gegründet.

Seattle 1999: Globalisierungskritik wird zum Begriff



Die verheerenden Flurschäden, welche Steuerflucht und aggressive Steuervermeidung in den Staatsfinanzen anrichten, sind seit der Finanzkrise weitherum anerkannt. Aber unser Netzwerk betonte immer auch eine andere Bedeutung von Steuern: jene als staatliches Mittel zur Reduktion von sozialer Ungleichheit. Ein Beispiel: Die Einkommen in Finnland und den USA sind vor Steuerabzug und Sozialleistungen ähnlich ungleich verteilt. In Finnland wird jedoch fast die Hälfte der ursprünglichen Ungleichheit durch Steuern korrigiert.

Trump dagegen will die Steuern drastisch senken und die nach der Finanzkrise eingeführte Bankenregulierung demontieren. Das einzige internationale Abkommen, das er bisher nicht kritisiert hat, ist das geplante Trade in Services Agreement (TiSA). TiSA ist eine Neuauflage des General Agreement on Trade in Services (GATS), dessen Weiterentwicklung in der WTO seit langem blockiert ist. Public Eye bekämpfte als Teil der Bewegung schon das GATS, weil dieses den Finanzsektor weiter liberalisieren wollte und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, ganz besonders in der Bildung, anstrebte.

Tausende Alternativen

Die begründeten Zweifel der Zivilgesellschaft am ungebremsten Freihandel hatten immer auch eine ökologische Dimension. Wie sinnvoll ist es, Regenwald in Brasilien für die Sojaproduktion abzuholzen, dieses Soja über Tausende von Kilometern nach Europa zu schaffen, damit Hochleistungskühe in Tierfabriken zu füttern, deren – oft subventionierte – Milch dann als Milchpulver billig in Entwicklungsländern zu verkaufen und die dortigen Kleinbauernfamilien aus dem Markt zu drängen? Der globale Handel ist in der heutigen Form nur deshalb möglich, weil die ökologischen und sozialen Kosten systematisch ausgeblendet werden. Eine Menschheit, welche die Zerstörung ihres Planeten verhindern will, kann es sich definitiv nicht mehr leisten, derart fahrlässig zu handeln. Deshalb sind auch die Umwelt- und Klimaschutzbewegungen Teil der Grossfamilie der zivilgesellschaftlichen Globalisierungskritik.

Die globalisierungskritische Bewegung hat die Globalisierung nie verteufelt, erst recht nicht offene Grenzen für Menschen, Ideen und kulturelle Einflüsse. Es geht uns um eine andere Globalisierung, das Motto des 2002 als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum WEF gegründeten Weltsozialforums lautet nicht umsonst «Eine andere Welt ist möglich». Dem Dogma von Margaret Thatcher, «there is no alternative», entgegen wir: «There are thousands of alternatives». Im Zeitalter von alternativen Fakten ist diese Einsicht und entsprechendes politisches Handeln nötiger denn je. •

ANDREAS MISSBACH